

PRESSEMITTEILUNG 148 – 26.08.2026

Kianusch Stender

Ein Azubi-Werk ist der richtige Weg, darf aber kein schwarz-grüner Alleingang werden

Anlässlich der Ausführungen der Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern Schleswig-Holstein zum Vorhaben eines Azubi-Werks erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Kianusch Stender:

„Ich kann die Kritik von IHK und HWK nachvollziehen. In den letzten Jahrzehnten haben sie bereits eine Vielzahl an Unterstützungs- und Beratungsleistungen für Auszubildende bereitgestellt, die nun auch für das Azubi-Werk diskutiert werden. Doppelstrukturen aufzubauen wäre in niemandes Sinne und gilt es zu verhindern.

Als SPD-Fraktion finden wir die Idee eines Azubi-Werks aber weiterhin richtig. Azubis verdienen eine zentrale Anlaufstelle, genauso wie Studierende. Erst vergangene Woche wurde der neueste DGB-Ausbildungsreport veröffentlicht, der die aktuellen Probleme offenlegt: Finanzielle Sorgen, angespannter Wohnungsmarkt und psychische Gesundheit. Der Staat muss darauf dringend Antworten geben und ein Azubiwerk kann Teil dieser Antwort sein.

Vor allem im Bereich Wohnen sehen wir ein anderes Lagebild, als die Kammern es beschreiben: Bereits im DGB-Ausbildungsreport 2020 liest man, dass über 70% der Azubis noch bei ihren Eltern wohnen. Gleichzeitig wollen über 70% der Azubis in einer WG, einem Wohnheim oder einer eigenen Wohnung wohnen. Die Mindestausbildungsvergütung beträgt derzeit 724€ brutto, also niedriger als der aktuelle BAföG-Satz. Wenn wir Studierenden Wohnheime bereitstellen, ist es eine Frage der Gerechtigkeit, auch Auszubildenden bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

IHK und HWK geben wichtige Hinweise für die politischen Beratungen der nächsten Monate mit: Der Weg zum Betrieb oder zur Berufsschule muss allen Azubis ermöglicht werden. Landesmittel für Azubis dürfen nicht in teuren Verwaltungsstrukturen versinken, sondern sollen bei den Azubis ankommen. Und Azubi-Wohnungen dürfen nicht nur in den Ballungsräumen entstehen, sondern auch auf dem Land.

Ich fordere die Landesregierung daher auf, im Dialog mit den Kammern zu einer Lösung zu kommen, die den Auszubildenden in unserem Land die größtmögliche Unterstützung bietet. Nichts Geringeres haben unsere Azubis verdient!“